



Humanitäre Hilfe leisten - Versorgungsstrategie entwickeln



Positionspapier des Rheinischen Landwirtschafts-Verbandes

Vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise hat sich der Vorstand des Rheinischen Landwirtschafts-Verbandes (RLV) in einer Sondersitzung mit den Folgen des russischen Angriffskrieges auseinandergesetzt. Dabei standen neben der rein landwirtschaftsbezogenen Betrachtung insbesondere die humanitäre Krise und die Möglichkeiten der Hilfeleistungen durch die rheinischen Landwirte im Mittelpunkt der Diskussion.

Im vielen generationsübergreifend zusammenlebenden bäuerlichen Familien besteht auch heute, nach fast acht Jahrzehnte des Friedens und des Wohlstandes, ein Bewusstsein für die oft selbst erlittenen Folgen des letzten Weltkrieges: Flucht und Vertreibung haben zu Not und Leid vieler Menschen geführt. Der Vorstand des RLV ruft seine Mitglieder deshalb dazu auf, die Bürgerinnen und Bürger der Ukraine, die durch die unverantwortbaren russischen Kriegshandlungen ihr Land verlassen müssen, zu unterstützen und sich der großen Hilfsbereitschaft der Menschen in Deutschland und Europa anzuschließen. Dazu stehen viele Möglichkeiten offen – von Geld- und Sachspenden an einschlägige Hilfsorganisationen bis zur Unterbringung von Flüchtlingen. Angesichts der zunehmenden Flüchtlingsströme bittet der Vorstand seine Mitglieder zu prüfen, inwieweit den schwer traumatisierten Flüchtlingen auf den Höfen und insbesondere in den nicht genutzten Unterkünften für Saisonarbeitskräfte ein angemessenes Zuhause geboten werden kann.

Hinsichtlich der Diskussion um die unmittelbaren Auswirkungen der gestörten Lieferketten auf die Versorgung der Bevölkerung teilt der RLV-Vorstand die Einschätzung des Bundeslandwirtschaftsministers und des Deutschen Bauernverbandes, dass zunächst keine Versorgungslücken für die deutsche Bevölkerung zu erwarten sind. Allerdings verlangt die aktuelle Entwicklung der Produktionskosten – etwa durch die Kostenexplosion bei Kraftstoffen, der Lieferengpässe bei Düngemitteln wie auch beim Wegbrechen von Agrarrohstoffen – kurzfristige Anpassungen der Rahmenbedingungen ins Auge zu fassen. Dazu gehört etwa die Erhöhung der Agrardieselerstattung. Darüber hinaus würde eine Verlängerung der 70-Tage-Regelung für sozialversicherungsfreie Beschäftigungsverhältnisse die Ernte von Obst- und Gemüse deutlich erleichtern.

Schwere Krisensituationen wie die gegenwärtige sollten aus Sicht des RLV-Vorstandes neben dem Ergreifen akut notwendiger Hilfsmaßnahmen stets auch Anlass dazu geben, Rahmenbedingungen und Entwicklungen grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen und erforderliche Korrekturen vorzunehmen.

Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine und den sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die Versorgung mit Lebensmitteln sind nicht die Ziele der Agrarpolitik zu hinterfragen. Allerdings gilt es, das agrarpolitische Instrumentarium zu deren Erreichung neu zu justieren. So ist zu prüfen, inwieweit die bereits für die Herbstaussaat 2022 relevante EU-Vorgabe einer 4 %-igen Stilllegung von Ackerflächen ohne jede Nutzungsmöglichkeit sinnvoll ist. Statt hochproduktive Flächen aus der Nutzung zu nehmen, könnte dort etwa der in der Vergangenheit bewährte Anbau von Raps eine sinnvolle Alternative sein. Raps liefert einerseits Öl, das dem Diesel beigemischt werden kann und zugleich mit dabei anfallendem Rapsschrot ein hochwertiges gentechnikfreies Futtermittel für die Tierhaltung, an dem es derzeit mangelt. Diese Doppelnutzung hat positive Wirkungen auf den Klimaschutz. Weiterhin wäre denkbar, für die Stilllegung vorgesehene Flächen in einer biodiversitätsfördernden Form – etwa durch Aussaat in doppelter Reihe mit Getreide – zur Nahrungs- und Futtermittelversorgung zu bestellen oder mit Blühpflanzen zur Biomasseerzeugung zu nutzen.

Der Vorstand des RLV stellt unmissverständlich klar, dass der erzielte gesellschaftliche Konsens zur Weiterentwicklung einer klima- und umweltgerechten Landwirtschaft in Deutschland außer Frage steht. In der aktuellen Situation geht es jedoch darum, die Potentiale der Landwirtschaft insbesondere in den leistungsfähigen Regionen des Rheinlandes nicht einfach brachfallen zu lassen, sondern zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit zu nutzen.